

Bezugspreis für die Woche vom 3. 9. — 4. 9. — 1. 500 000 M.
Anzeigenpreis die 5-spaltige Zeile 200 000 M., Reklame-
zeile 80 000 M. bei Barzahlung. Bei Zahlungen nach 3 Tagen
wird ein Grundpreis von 10 resp. 40 Goldpfennig berechnet,
jährlich in Papiermark nach dem Stande des Dollars am Ver-
laufe des Zahlunges, 1 Dollar = 4,20 M. Abonnements- und
Anzeigenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckladen 3290.

Nr. 210

Sonnabend, den 8. September 1923

14. Jahrg.

Die neue deutsche Goldwährung.

Der Dollar ist seit gestern nachmittag stark gefallen. Dieser Dollarsturz ist in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens auf die Ernennung des neuen Devisenkommissars, der mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattet ist, und zweitens auf die in Aussicht genommene Einführung einer neuen Goldwährung.

Die Notverordnung gibt dem Devisendiktator die Möglichkeit, mit größter Strenge gegen die Devisenhamsterer vorzugehen. Der Kommissar ist befugt, Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere und Edelmetalle in Anspruch zu nehmen. Zuwiderhandlungen gegen die Ausführungsbestimmungen, die von der Reichsregierung erlassen werden, werden mit Freiheitsstrafen und Einziehung der betreffenden Beträge bedroht. Durch die Notverordnung werden zwei wesentliche Artikel der deutschen Verfassung außer Kraft gesetzt, und zwar die Artikel, die dem Deutschen die Wohnung als unverletzliche Freistätte und das Briefgeheimnis garantieren. Der Kommissar ist berechtigt, dieser Verfassungsparagraphen zu ignorieren, wenn dies für die Durchführung seiner Aufgabe notwendig erscheint. Die Ausführungsparagraphen der Verordnung bestimmen grundsätzlich, daß, wer Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung, ausländischen Wertpapieren oder Edelmetallen besitzt, sie auf Anordnung des Reichskommissars hin gegen Goldanleihe an das Reich abzuliefern hat.

Zum Devisenkommissar ist der Geheimrat im preussischen Handelsministerium Dr. Fellingner ernannt worden. Dr. Fellingner hat sich bereit erklärt, das Amt anzunehmen.

Am Donnerstag und Freitag beschäftigte sich der Währungsaußschuß des Reichswirtschaftsrates mit den Einzelheiten der neuen Währung. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Form der Notenbank, die nach Auffassung der Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses nur eine Goldnotenbank sein kann, weil eine Ware, wie z. B. der Roggen, den das Selbstverwertungsprojekt als Basis für die Emission des neuen wertbeständigen Zahlungsmittels vorgeschlagen, Preischwankungen unterliegt und schon dadurch die Stabilität des neuen Zahlungsmittels gefährdet. So hatte sich der Ausschuß eigentlich nur mit dem Projekt des Reichsverbandes der deutschen Industrie und dem Plan des Generaldirektors Minour zu beschäftigen. Als Sachverständige wurden u. a. gebürt. Staatssekretär z. D. Strich, Dr. Helfferich, Generaldirektor Minour. Mit 4 gegen 7 Stimmen wurde bei einer Stimmenthaltung eine Entschließung angenommen, die am kommenden Dienstag den wirtschaftspolitischen Ausschuß gemeinsam mit dem finanzpolitischen Ausschuß beschäftigen wird. Die äußerst wichtige Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat solle beschließen, der Reichsregierung nachstehende Entschließung zu übermitteln:

1. Die Wiederherstellung und Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft befriedigt, ist nur möglich, wenn die Volkswirtschaft der öffentlichen Gewalt befreit wird.

Die Ausgaben für den Ruhrkampf sind sofort auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die für Ruhrzwecke zur Verfügung zu stellenden Gelder sind zu kontingenzieren und ihre Verteilung unter Kontrolle eines kleinen, mit diktatorischen Vollmachten versehenen Ausschusses zu stellen, über dessen Zusammenhänge die Regierung mit den Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Organisationen beraten soll. Außerdem ist erforderlich, rückwirkende Streichung erwerblicher Einkünfte anzubeden. Für den Übergang sind Mittel durch eine Vermögensschatzung nach dem Vorschlag Minour bereitzustellen. Besetzung der privaten Inflation durch scharfe Disziplinpolitik hat nebenher zu erfolgen.

2. Die dringende Gefahr einer völligen Zurückweisung der Papiermark, die als Zahlungsmittel zur Aufrechterhaltung des Verkehrs notwendig bleibt, erheischt unter der Voraussetzung der Staatsbilanzierung die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das auf sich selbst gestellt und unabhängig von den inneren und äußeren Schwankungen ist. Die Grundlage eines solchen Zahlungsmittels kann zurzeit nur das Gold oder ein Devisenfonds bilden.

3. Aus diesen Erwägungen ist das Projekt Helfferich abzulehnen, weil eine Roggenwährung im inneren Verkehr den großen Schwankungen des Roggenpreises unterliegt und im internationalen Verkehr keine Geltung hätte.

4. Gleichfalls ist der Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie abzulehnen, da das nach ihm wertbeständige Gold den Umlaufkreis des staatlichen Zahlungsmittels noch mehr als heute einschränken, seine Entwertung und Zurückweisung also noch beschleunigen würde.

5. Alle derartigen Projekte sind auch deshalb abzulehnen, weil sie das Notenmonopol, ein grundlegendes

Souveränitätsrecht des Staates, in die Hände privater Berufsstände übergeben würde. Träger der Geldpolitik Deutschlands kann nur die Reichsbank sein, wobei es Voraussetzung ist, daß deren Geschäftsführung und -leitung den Bedürfnissen wertbeständiger Geldwirtschaft durch entsprechende Umänderungen anzupassen ist.

6. Nach Festlegung des Höchstbetrages der Noteninflation wird

a) der Goldbestand der Reichsbank mit den aus den Maßnahmen der Devisenablieferung eingehenden ausländischen Zahlungsmitteln zu einem Münzfonds vereinigt. Dieser wird auf Grund von Sachwertbelastung durch Auslandsanleihen nach Möglichkeit erhöht;

b) ein Einlösungsbrecht des umlaufenden Papiergeldes zu einem dem Tageswerte entsprechenden Kurse

Der Kampf um die neuen Kapitalsteuern

Museinwanderungen im Bürgerblat. — Die steuerlichen Agrarier.

L. Z. Der Steuerausschuß des Volkstages hatte kürzlich seinen großen Tag. Vier Senatoren zogen ein in die Reihen der bürgerlichen Abgeordneten, um das Licht staatsmännischer Weisheit in bestem Lichte erstrahlen zu lassen. Galt es doch, Industrie, Landwirtschaft, Handel mit gläubigster Hand zu streicheln, auf daß sie für ganze vier Monate eine Witzigkeit von ihrem Ueberfluß abgaben, um den festgerammten Staatskassen wieder für ein Weilchen flott zu machen; denn alle acht Tage kann man nicht gut eine neue Billion Papiergeld in unserem kleinen Staate herausgeben. Einige der hervorragendsten Senatoren zierten die Szene: Dr. Ziehm, seines Zeichens Vizepräsident, der so oft gezeit, daß er die Gegenwart im Stile der Hofräte zur Zeit der Wiener Perückenpolitik zu meistern bestrebt ist, Ziehm-Viesau, der zweite des brüderlichen Gespanns, der genialste Landwirtschaftsminister, der je auf Erden den Sessel dieses Ressorts geziert. Dr. Eichert, der hochwissenschaftliche Chemiker des Senats auf dem Gebiete der Schnapsbrennerei und der vorausschauenden Getreidebewirtschaftung und endlich der soziale Senator Förster, welcher ein fürsorglicher Vater besonders der Postunterbeamten ist. Der Regierungsvertreter gab im Ausschuß zunächst eine Begründung der Gesetzesvorlage. Da man genötigt sei, die Geldentwertung möglichst aus dem Betriebe der staatlichen Finanzgebarung auszuschalten, so wäre nach angefertigten Berechnungen bis zum Ende des Jahres die Aufbringung von 200 000 Dollars erforderlich, wovon monatlich 50 000 hereingebracht werden müßten. Maßgebend sei nach der Vorlage der durchschnittliche Mittelkurs der amtlichen Börsennotiz an der Danziger Börse für Dollarnoten am 18., 19. und 20. des Monats, für den die Zahlung zu erfolgen hat. Die Entrichtung der einmaligen verstärkten Steuerleistung erfolgt natürlich in Deutsch-Danziger Geld. Da man bisher die Arbeitnehmerlichen, Arbeiter, Angestellte und Beamten, dauernd und überwiegend belastete, so sollen jetzt einmal die leistungsfähigsten Kreise der Bevölkerung einen kleinen Geldaderlaß erfahren, wenn gleich das vorgelegte Gesetz so beschaffen ist, daß den kapitalistischen Verufen nicht gar zu weh getan wird. Dr. Ziehm, der Senats-Vizepräsident, bemühte sich zwar in seiner Eigenschaft als Abgeordneter darzulegen, daß dieses Gesetz durch die Staatsnot als eine Sonderbelastung notwendig geworden sei. Die zu zahlenden Beträge seien aber sehr bedeutend. Man sei nicht davon zurückgespracht, einen „Eingriff in die Substanz der Besitzenden“ vorzunehmen.

Diese agrarischen Hebertreibungen ihrer Steuerleistungen wurden natürlich von der Linken sofort richtig gestellt. Schon ein deutschvolksparteilicher Abgeordneter fand treffliche Worte dafür, klarzulegen, daß die Agrarier vor dem Kriege so gut wie nichts gezahlt und nach dem Kriege bei jeder Besteuerung bislang stark verächtet worden seien. Sie hätten sich während des Krieges ungemein bereichert, Schulden getilgt und Hypotheken gelöst, nach dem Kriege wären sie eifrig bemüht gewesen, im Sinne der Pflege ehedemiger Volksgemeinschaft sich jeglicher Geldentwertung zu entziehen, indem sie ihren Viehstand durch Vurgutiere, Kumpferde usw. vermehrt hätten, indem sie sich Sachwerte, Geschirre, Wagen, Möbel, Teppiche, Klaviere neu beschafft, Bauten ausgeführt, sich Automobile zugelegt hätten usw. Tyrannisch hierüber suchte der Schutzpatron aller agrarischen Bestemmungen, der Abgeordnete Doertjen, die Ausführungen seines Bruders zu entkräften, wobei ihm das Mißgeschick unterließ, zuzugestehen, daß jene Neuwerbungen ein Körnchen Wahrheit enthielten.

Doch kaum war ihm dies Wort entfahren, Wüßte er's am Busen gern bewahren.

Doertjen versuchte nun aber auch der Industrie und dem Handel nachzuweisen, daß sie sehr gute Geschäfte gemacht hätten, und daß es ein Unrecht an der Landwirtschaft sei, die durch das Gesetz angeforderte

gegen Gold oder andere Goldzahlungsmittel erklärt;

c) auf Grund des Münzfonds werden Goldnoten ausgegeben, als deren Deckung Gold, Silber, Edelmetalle, Devisen und diskontierte Goldhandelswechsel dienen. Zur Stärkung des Münzfonds können auch die Vorschläge Minour wesentlich beitragen;

d) nach Einlieferung der Goldnote und Festlegung der Einstellung des Notendrucks werden die noch im Besitz der Wirtschaft befindlichen oder in sie gelangenden Goldzahlungsmittel für den allgemeinen Verkehr freigegeben.

7. Die Reichsbank bleibt autonom. Die Reichsbank wird aber verstärkt durch eine Umformung des Reichsbankkuratoriums und durch Erweiterung seiner Rechte und Pflichten. Das Kapital der Reichsbank wird erhöht durch Ausgabe von Aktien, die in Gold oder Devisen oder wertbeständigen Belastungen, Goldhypotheken der Landwirtschaft einzuzahlen sind.

Billion derart zu verteilen, daß eine Hälfte von Handel und Industrie, die andere von der Landwirtschaft aufgebracht werden soll. Diese offenkundige agrarische Steuerfurchung führte fast zu einem Bruch im Bürgerblat. Ein Deutschparteilicher wies auf die mangelhafte Steuerpolitik des Senats hin. Man wolle zwar den Beamtenapparat abbanen, habe aber letzten noch einen Rechtsanwaltsrat zu einem höheren Steuerbeamten gemacht. Verschiedene Großbauern hätten noch im Juli d. J. viele tausend Rentner Weizen gehabt, ohne hinreichend ihrer Meldepflicht genügt zu haben. Der Deutschparteilicher wünschte noch seitens des Regierungsvertreters Lademann festgestellt zu sehen, daß Handel und Industrie mehr Steuerrendigkeit bekundet hätten, als die Landwirtschaft. Staatsrat Lademann hatte in Beantwortung dieser Anfrage einen seiner glücklichsten Momente, indem er offenbarte, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft stets die gleiche negative Steuerrendigkeit bekundet hätten, so z. B. hätten von 700 zur Körperschaftsteuererklärung verpflichteten Gesellschaften erst 200 die Erklärung abgegeben, 50 hätten Frist erbeten und von 400 wäre überhaupt noch keine Antwort eingegangen. Ob der Senat gegen diese Gesellschaften wohl keine Schupo mobilisieren wird wie gegen die schwer um ihre Existenz mit hartgepöhlten Arbeitgebern ringenden Landarbeiter? Gerabegu föhlich war auch die Aeußerung des Staatsrats, von den 260 Gemeindevorstehern seien nur wenige dem Staat eine wesentliche geistige Hilfe, welche Rensur den kulturellen Qualitäten vielen der ländlichen Gemeindegewaltigen ein merkwürdiges Zeugnis ausstellt.

Unsere Genossen konnten den Kampf im Bürgerblat mit innerlichem Behagen an sich vorüberziehen lassen. Dann übten sie berechtigte Kritik an der Vorlage. Die Landwirtschaft sei bisher stets außerordentlich beachtet worden. Bei Regulierung der Gewerbesteuer habe man die Landwirtschaft ausgelassen unter der Vorpiegelung, es käme ein Grundsteuergesetz, aus „historischer Scheu“ vor den Agrariern sei es bisher nicht gebracht worden. Jetzt würde die Landwirtschaft wieder im Verhältnis zu Handel, Industrie usw. zu gering belastet. Es sei das Verlangen der verlangten Steuer als voll berechtigt von der Landwirtschaft zu fordern. Im deutschen Gesetz würde die jetzt verlangte Sondersteuer nicht auf die endgültige Einkommensteuer für das Jahr 1923 usw. verrecknet, was die Vorlage hier verlangt, und was eine ungewöhnliche Ungünstigkeit der freien Berufe im Freistaate sei. Den Gemeinden müßten, damit sie lebensfähig blieben, mindestens 20 Prozent dieser Sondersteuer vom Staate überlassen werden. Vor der Abstimmung hierüber erbat der Regierungsvertreter eine Vertagung. Jetzt begann die Kleisterarbeit der Gebrüder Ziehm. Die Deutsche Partei, die zunächst für die Hebertreibung von 20 Prozent des Aufkommens der Sondersteuer an die tatsächlich schwer notleidenden Gemeinden war, fiel wie so oft um bis auf ein Mitglied, welches sich jetzt der Stimmgabe enthielt, während es sich zuvor für unseren Antrag besonders eingesetzt hatte. Die beiden deutschvolksparteilichen Senatoren hatten sich während der ganzen Sitzung ausgezweigt und hielten den Gebrüder Ziehm die Sättel, auf daß sie nicht herunterfielen. So wurde die schon seit langem brüderliche Harmonie des Bürgerblats aufs neue überpinelt. Der Zentrumvertreter half wie immer seinen reaktionären Einseitigkeiten. Im Sinne obiger Forderungen der Vereinigten sozialdemokratischen Fraktion werden sich am kommenden Mittwoch im Plenum des Volkstages die Kämpfe um das Zustandekommen des Gesetzes bewegen.

Wir haben dieses Erleben im Steuerausschuß des Volkstages unsern Lesern gebracht, damit sie teilnehmen an dem Komödienpiel, wenn kapitalistische Kreise einander in die Haare geraten. Wir schließen dieses erbauliche Kapitel mit dem Worte:

Siehe wie lieblich es ist, wenn bürgerliche Brüder sein einträchtig beieinander wohnen!

Die Lösung der Danziger Währungsfrage

Beschaffung des Währungskredits in Danzig. — Verhandlungen mit Polen.

Senator Dr. Volkmann erstattete heute dem Hauptauschuss des Volkstags Bericht über den Stand der Währungsfrage und über die schwebenden Verhandlungen bei dem Finanzkomitee des Völkerbundes.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat in mehreren Sitzungen die Währungsfrage in Danzig behandelt und dabei einstimmig beschlossen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf die äußerste Dringlichkeit einer sofortigen Lösung des Problems hinzuweisen. Die Mitglieder des Finanzkomitees haben die Erklärung abgegeben, daß jeder Tag, welcher weiter vergeht, eine Vergrößerung der durch das Währungselend herbeigeführten ersten Gefahren für Danzig schafft und zwar nicht nur für die Freie Stadt Danzig selbst, sondern auch für die Republik Polen. Das Finanzkomitee ist der Auffassung, daß es nicht mehr möglich ist, mit weiteren Verhandlungen an die Reparationskommission und die Vorkonferenz heranzugehen. Diese Verhandlungen, welche unerlässlich sein würden, wenn ein Staatskredit oder eine Staatsbürgschaft für den erforderlichen Währungskredit gestellt werden soll, würden zu viel Zeit in Anspruch nehmen.

Das Finanzkomitee schlägt daher vor, daß Danzig den Versuch machen solle, den notwendigen Währungskredit mit Hilfe der Danziger Banken im Wege des Privatkredits zu beschaffen.

Das Finanzkomitee hat ferner erklärt, daß es eine wesentliche Erleichterung (?) der Einführung und der Durchführung einer selbständigen Danziger Währung bedeuten werde, wenn durch einen Meinungsaustrausch der amtlichen Kreise der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen eine Verständigung über die Währungsfrage herbeigeführt wird, um zu verhindern, daß künftig Reibungsflächen oder Schwierigkeiten entstehen. Die polnische Delegation erklärte in Genf, herabzuleitende Verhandlungen im Augenblick nicht vornehmen zu können, der polnische Finanzminister sei aber bereit, beim Finanzkomitee des Völkerbundes mit Senator Dr. Volkmann eine Festlegung in diesem Sinne vorzunehmen. Voraussichtlich werde der polnische Finanzminister am 13. und 14. September in Genf anwesend sein. Die Einigung wird vom Finanzkomitee etwa auf folgender Basis vorgeschlagen:

Polen verpflichtet sich zu einer Gegenseitigkeit (Reziprozität) hinsichtlich der Annahme und Behandlung des künftigen Danziger Geldes, d. h. also, es soll grundsätzlich der Danziger Gulden behandelt werden wie die polnische Mark in Danzig. Ueber die Behandlung der polnischen Mark in Danzig liegen Vereinbarungen vor in dem Warschauer Abkommen vom 24. Oktober 1921, in dessen fünftem Teil Finanzangelegenheiten, vor allen Dingen in Artikel 193 bis 196 die Behandlung der polnischen Mark in Danzig geregelt ist. Selbstverständlich würde die weitere Symmetrie sein, daß die polnischen Kassen in Danzig, insbesondere die Eisenbahnkassen das Danziger Geld als gesetzliches Zahlungsmittel behandeln und annehmen werden. Polen verpflichtet sich ferner, daß es keine Schwierigkeiten machen wird der praktischen Durchführung der Münzreform, insbesondere keinen Appell an den Oberkommissar und den Völkerbund einlegen wird.

Danzig erklärt seinerseits:

1. daß die Münzreform keine Präjudiz (vorgreifende Entscheidung) bilden soll für die Festlegung in Artikel 36 der Pariser Konvention, wonach sich Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten, sobald es die Umstände erlauben, auf den Antrag des einen oder des anderen, in Verhandlungen einzutreten, um ihre Münzsysteme zu vereinheitlichen. Eine Frist von einem Jahre muß vorzusehen werden, bevor diese Vereinheitlichung, nachdem sie einmal beschlossen ist, in Kraft tritt.

Die Einführung der polnischen Mark in Danzig kommt nicht in Frage, da die Polensmark zurzeit kein Münzsystem im Sinne des Art. 36 ist. Es kann nur die Frage sein, ob, wenn Polen zu einer Währungsreform gekommen sein sollte, Verhandlungen stattfinden, in denen erklärt wird, ob es dem Interesse der beiden Beteiligten entspricht, die künftigen künftigen Münzsysteme zu vereinheitlichen. Derartige Verhandlungen sollen durch die Währungsreform nicht ausgeschlossen sein.

2. Danzig soll den Danziger Banken, welche als Nationalbank zu gründen bereit sind, empfehlen, eine noch näher festzulegende Beteiligung für bestimmte Danziger Banken polnischer Nationalität anzubieten.

3. Der Münzfuss soll in der Weise abgeändert werden, daß vom Pfund ausgegangen wird, das Pfund aber nicht in 100, sondern 25 Teile geteilt wird.

Die Verhandlungen über einen an die Notenbank unter Danziger Privatgarantie zu gewährenden Währungskredit sollen unmittelbar nach der Besprechung in Genf in London weitergeführt werden.

Die Pressestelle des Senats teilt noch mit, daß zu hoffen sei, daß nunmehr mit einer baldigen Lösung des Währungsproblems begonnen werden kann. Im Senat würden die Vorarbeiten auf das eifrigste betrieben.

Gefälschte Banknoten. Im Kreise Danziger Niederlagen sind von Getreidekäufern gefälschte Reichsbanknoten über 10, 20 und 50 Millionen in Zahlung gegeben worden. Es handelt sich um die kleinen Reichsbanknoten über 100 000 Mark vom 25. Juli 1923 und 200 000 Mark vom 9. August 1923, die mit zwei Rentimeter großen Zahlen in roter Farbe den Aufsatz 10 000 000 Mark, 20 000 000 Mark und 50 000 000 Mark erhalten haben. Das Publikum wird gewarnt und ersucht, Personen, die solche verälschten Scheine in Zahlung geben, festzunehmen zu lassen.

Ein mysteriöser Vorfall. Vor einiger Zeit wurde der Heiser Margentfeld in Langfuhr, anlässlich einer Personalteilung durch einen Schupoamten erschossen. Die amtliche Untersuchung hat nun ergeben, daß zu Tatsächlichkeiten ausgeartete Streitigkeiten dem Einweisen des Beamten vorausgegangen waren und daß Margentfeld auf keinen Fall etwas mit einem Einbruchversuch zu tun hatte, wie das in bürgerlichen Zeitungen behauptet worden war.

Die Meldungen zum Schreibmaschinen-Wettstreifen. Sie und die Zeitung der Danziger Bureaubedarfs-Messe mitteilt, daß für das Schreibmaschinen-Wettstreifen zahlreiche Meldungen eingegangen, so daß sich die Zahl der Teilnehmer auf annähernd 50 belaufen dürfte. Der Wettstreifen ist auf den 15. September festgesetzt worden. Inzwischen

sind noch weitere Ehrenpreise für das Schreibmaschinen-Wettstreifen gestiftet; so u. a. von der bekannten Firma Wilmberg-Wagner, die Dollar-Preise gestiftet hat, falls die Wetterschaft auf einer Maschine mit Wettstreifen gewonnen wird. Als ein Zeichen der Zeit ist es zu betrachten, daß auch Lebensmittel als Ehrenpreise gestiftet worden sind, so u. a. 1 Duzend Büchsen kondensierter Milch. — Die Eröffnung der Danziger Bureaubedarfs-Messe erfolgt am Sonntag, den 23. September, vormittags 11.30 Uhr durch eine Rede des Senatspräsidenten Sahm.

Der heutige Wochenmarkt.

Auf dem heutigen Wochenmarkt können nur noch Milliardäre einkaufen. Die Hausfrau weilt mit ihren paar Millionen nichts anzufangen. Auf Schritt und Tritt hört man aufgeregtes Schellen oder höhnisches Lachen. Der Dollar ist gefallen und die Preise gehen in die Höhe!

Der Platz an der Halle ist wieder reichlich mit Gemüse besetzt! Doch die Preise. Für ein Pfund Gurken werden 600 000 bis 750 000 Mark gefordert. Weiß- und Rotkohl kostet 4-500 000 Mark das Pfund. Ein Pfund Kohlrabi kostet 150 Tausend Mark. Das Bund Suppengemüse kostet 90 Tausend Mark. Für ein Pfd. Blumenkohl fordert die Händlerin 1,2 Millionen Mk. Ein Pfund große Bohnen kostet 120 Tausend Mark. Das Pfund Mohrrüben kostet 200 Tausend Mark. Ein Pfund Schneidebohnen soll 500 Tausend Mark bringen. Pfefferlinge kosten 1,2 Millionen pro Pfund. Nur wenig Äpfel und Birnen sind zu haben. Ein Pfund Äpfel zu 200 Tausend und 300 Tausend Mark, Birnen zu 400 Tausend bis 700 Tausend Mark, blaue Pflaumen werden pro Pfund mit 750 Tausend Mark verkauft. Die schönen bunten Blumen finden wenig Beachtung bei der herrschenden schlechten Stimmung. Zudem kosten sie auch schon viel Geld. Ein Topfchen Astern wird mit 1,5 Millionen Mark verkauft.

Gähner werden als billig angepriesen, das Pfund kostet nur 8 Millionen Mark. Eine lebende Gans soll 75 Millionen bringen. Eine Mandel Eier kostet 7 und 8 Millionen Mark. An den Fleischständen ist nur Schweinefleisch und etwas Hammelfleisch vertreten. Eisbein kostet 6 Millionen, Schinken 8 Millionen, Karbonade 9 bis 12 Millionen und Fettes 10 bis 12 Millionen Mark das Pfund. Für Hammel werden pro Pfund 8 Millionen Mark gefordert. Auf dem Fischmarkt sind Flundern und Pommesel zu haben, das Pfund kostet 3 und 4 Millionen Mark. Die wenigen Hale kosten das Pfund 8 und 10 Millionen Mark. Man sieht geräucherter Sprotten das Pfund zu 4 Millionen und Räucherflundern das Pfund zu 7 Mill. Mark.

Der Preiswahn wird durch das Springen des Dollars immer unerträglicher. Es ist höchste Zeit, daß durch Einführung der Währung dieser Wirrwarr ein Ende findet.

Demonstrierende Frauen vor dem Regierungsgebäude.

Ungeheure Erregung packte heute morgen die Hausfrauen, als sie versuchten, für den gestern erhaltenen Wochenlohn Lebensmittel einzukaufen. Wilde Preistreiberei hatte die Preise auf dem Wochenmarkt, dem Fischmarkt und auch in vielen Lebensmittelgeschäften unerträglich gesteigert. Die Preise stehen in gar keinem Verhältnis zu den ausgezahlten Löhnen, insbesondere der Metallindustrie. Die Erregung fand neue Nahrung, als gerüchert wurde, daß der Dollar bereits bis auf 20 Millionen gefallen sei, eine Preissturz jedoch nicht zu bemerken war. Die Frauen gingen deshalb zu Hunderten vor das Regierungsgebäude, um gegen diese wilden Preistreibungen zu protestieren. Die Gen. Rahn und Klosski nahmen sich der verzweifeltsten Hausfrauen an und verhandelten mit dem Senat. Gen. Klosski erstattete den Frauen Bericht über die Verhandlungen und forderte auf, der Parole der Gewerkschaften zu folgen, wenn einmal der Käuferstreik proklamiert wird.

Gas- und Strompreise vervierfacht.

Die Preise für Gas, Strom und Wasser werden wöchentlich festgesetzt. Die Preisfestlegung, die ab Montag gilt, erhöht die Preise für Gas von 500 000 Mk. auf 2 Millionen, für elektr. Licht von 1 Million auf 4 Millionen, für elektr. Kraft von 800 000 Mk. auf 3 Millionen, für Wasser von 230 000 Mark auf 1 Million Mark. Diese geradezu katastrophale Preissteigerung wird mit den gehäuzten Kohlenpreisen begründet. Dem steigenden Dollar passe sich die Preise der höchsten Werte sehr schnell an, ob das auch mit dem fallenden Dollar geschieht, werden die nächsten Tage zeigen. Jetzt, wo der Dollar eine schwindelnde Höhe erreicht hat, werden auch die Guttscheine zur Ausgabe kommen. Früher war das nicht so eilig.

Die Volkstagsfraktion der B.S.P.D. wird zu Montag nachmittag 4 Uhr zu einer wichtigen Sitzung zusammenberufen.

Dann ist ja alles gut! Der Druck des neuen 100 000 000-Scheins soll Anfang nächster Woche beendet sein, so daß man wenige Tage darauf mit der Ausgabe großer Mengen solcher Scheine wird beginnen können.

Devisenstand

(Stand um 12 Uhr mittags.)

1 Dollar 43 000 000 Mk.,

Polen-Mk. 160, 1 engl. Pfd. 193 000 000 Mk.

Der Dollar wurde heute morgen mit 30 Millionen Mark aus New York gemeldet, was auch in Danzig zu einer Abschwächung der Kurse führte. Bis 10 Uhr morgens wurde der Dollar mit 22-23 Millionen Mark gehandelt. Dann zog der Kurs des Dollars wieder an und erreichte um 12 Uhr 43 Millionen Mark.

Die Aufwertung der Hypotheken.

Zwei neue Urteile zugunsten der Gläubiger.

Wenn auch die Hypothekengläubiger des Reichsaates Danks durch das Urteil des Obergerichts vom 18. Mai d. J. und das Sperrgesetz vom 6. Juli er. vor Uebervorteilungen von Seiten der Schuldner geschützt sind, so haben die kürzlich ergangenen Urteile für sie insofern besondere Bedeutung, als in ihnen wichtige Anhaltspunkte und Richtlinien zur Frage der Aufwertung gegeben werden, so daß sie als Grundlage und Wegweiser für die vielen Vergleichsverhandlungen, die infolge des Sperrgesetzes zwischen Gläubigern und Schuldner jetzt stattfinden, dienen können. Es kommt ihnen aber auch insofern ein besonderes Interesse zu, als durch die bevorstehende neue Währung für Danzig die Frage der Aufwertung vielleicht in ein altes Stadium gerückt werden könnte. Beide Urteile, obwohl sie von ganz verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, kommen zu dem gleichen, die Gläubiger schützenden Urteil.

Zu dem bekannter Argument der Gegner der Forderungen der Hypothekengläubiger, die Papiermark sei gesetzliches Zahlungsmittel, bemerkt das Landgericht Frankfurt treffend, „Papiermark und Goldmark sind trotz des Währungscharakters der ersteren nicht als gleichwertig anzusehen. Die Markgleichheit ist eine Fiktion, welche der Verkehr tagtäglich widerlegt. Wenn die Rechtsprechung weiter den Verkehr reactiv will, so muß sie die konkreten Verhältnisse zugrunde legen und nicht unhaltbare Fiktionen. Infolgedessen kann durch die Zahlung der 100 000 Papiermark die persönliche Schuld nicht abgelöst werden, ebenso wenig aber würde die angebotene Rückzahlung dem Willen der Hypothek gerecht werden. Wirtschaftlich betrachtet stellt die Hypothek eine dingliche Beteiligung an dem Grundstückselgentum in dem Verhältnis des Hypothekenerwerbers zum Grundstückswert dar. Besterer ist im wesentlichen stabil geblieben. Infolgedessen entspricht es der Billigkeit, der Anschauung des Verkehrs und dem Parteivillen, daß die Hypothek in dem stabilen Wertverhältnis aus der Zeit ihrer Bestellung bestehen bleibt. Gerade diese Forderungsbefriedigung durch Befreiung der wertbeständigen Grundstücke ist der wesentliche Zweck jeder Hypothekbestellung. Sonst könnte sich jeder Gläubiger mit seiner Darlehnsforderung begnügen. Aus dieser Anschauung heraus ergibt sich auch die Lösung der Frage, wieviel der Grundstückseigentümer dem Gläubiger zur Ablösung der Hypothek geben muß.“

Besonders der zweite Teil dieses Urteils dürfte die Hypothekengläubiger im Reichsaat mit Genugtuung erfüllen. In ihrer Eingabe an Senat und Volkstag haben sie bereits gefordert, daß der Grundzins gelten muß: Welchen Wert hat das Grundstück zur Zeit der Aufnahme der Hypothek gehabt, und welchen Wert stellt es jetzt oder zur Zeit der Auszahlung der Hypothek dar? — umsovielmal der Wert desselben gestiegen ist, um sovielmal oder in einem Verhältnis hierzu ist auch die Hypothek höher zu bemessen. Für die Erhöhung der Zinsen käme dementsprechend in Frage, dieselben von dem so gesteigerten Wert der Hypothek zu errechnen oder sie entsprechend der Erhöhung der Mieten und der Wertsteigerung der landlichen Produktion zu erhöhen.

Zunächst sollten durch eine Vorverordnung die Rindungen außer Kraft gesetzt und für ungültig erklärt werden. Dieses Ziel ist durch den Erlaß des Sperrgesetzes, zunächst erreicht.

Der Weg führt nun weiter zur Aufwertung der Hypotheken und der Zinsen, und es dürfte dieses Ziel, nachdem bisher noch unbekannte Momente zur Unterstützung angeführt werden können, nun leichter und schneller erreicht werden, zumal auch der Widerstand aus den Schuldnerkreisen abzusinken beginnt. Ja, man könnte im stillen sogar noch die Hoffnung hegen, ob nicht in irgendeiner Weise den bereits auf der Strecke geliebten Werten, die ihr Geld schon ausgezahlt erhalten haben, noch geholfen werden könnte, soweit sie sich nicht direkt als abgehandelt erklärt haben. In dieser Beziehung beantragt das Oberfelder Urteil besondere Beachtung und Bedeutung.

Das Landgericht Elberfeld geht den Währungsbestimmungen selbst, auf welche sich die Gegner immer berufen, mit Erlaß zu Leibe. In seinem Urteil nimmt es Bezug auf das Gesetz vom 4. August 1914, durch welches die Reichsbanknote als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt worden sind, und auf die Bestimmung zur Verordnung vom 28. September 1914, welche die Goldklauseln für unverbindlich erklärt. Es heißt darin: „In einer Zeit, in der die Reichsbank die Einlösung ihrer Noten gegen Gold nicht mehr während der Verfallzeit der Sollwertigkeit der Note nichtbedenklicher anerkennt, erlischt die vorübergehende Außerkräftigung derartiger Goldklauseln erforderlich, um den Schuldner gegen schikanöse Ausübung des Gläubigerrechts zu schützen, aber auch unbedenklich, da sie den Gläubiger in keiner Weise benachteiligt. Die Verordnung setzt also den vollwertigen Fortbestand der Papiernote voraus und will jede Benachteiligung des Gläubigers vermeiden wissen. Es bleibt also nach dem Willen des Gesetzgebers dem Gläubiger unbenommen, aus andern Gründen, vor allem jede mit einer Benachteiligung verbundene Art der Zahlung abzulehnen. Wenn nunmehr seit der Verordnung der Wert des Papiergeldes gegenüber dem zeitigen Kurswert der Mark aus 1914 um einen zurzeit etwa 20 000fachen Betrag gesunken ist und von Tag zu Tag weiter sinkt, so muß der Schuldner nach dem Willen des Gesetzgebers einen entsprechend höheren Betrag in Papiermark zahlen, um gemäß §§ 364, 607 BGB. die Schuld gehörig zu tilgen. Demgegenüber kann man nicht einwenden, das Gesetz habe dem Papiergeld einen Zwangs Kurs gegeben und die Papiermark der Goldmark gleichgestellt. Der wirtschaftliche Kauf oder Verkaufswert des Geldes — der durch Gesetz zum Zahlungsmittel erklärten Münze — der sonstigen Sache — kommt bei dem Rechtsbegriff des Geldes gar nicht in Betracht. Nicht der Gesetzgeber bestimmt den wirtschaftlichen Wert, sondern die tatsächlichen Verhältnisse. Diese haben im Anlaufe bereits dahin geführt, daß der Staat selbst durch die Reichsbank und die Post, um eine Goldmark zu erhalten, den vielfachen Nennbetrag dieses gesetzlichen Papiergeldes aufwenden muß.“

Angesichts dieser Urteile muß es wundernehmen, daß so viele ganz im Gegensatz zu den Bedingungen der herangezogenen Verordnungen stehende, die Gläubiger zumteil gänzlich ruinierende Auszahlungen der Hypotheken erfolgen konnten. Die letzten Monate haben, nachdem zu Beginn dieses Jahres der Kampf noch hin und her wogte, einen gründlichen Wandel auf diesem Gebiete zu verzeichnen gehabt. Abgesehen von ganz vereinzelten noch vor kommenden Urteilen einiger nur auf den Buchstaben eingestellten Augensteher, sind, wie hier in Danzig, die in der letzten Zeit in Deutschland — ganz gleichgültig, ob in Nord oder Süd, in Ost oder West — verkündeten Urteile fast zu Gunsten des Gläubigers gefällt worden, und wenn sich die Verleugung nicht beifügt, — im Reichsrat soll man eifrig an der Arbeit eines Hypothekenaufwertungsgesetzes sein, — so dürfte vom Reichsgericht auch demnächst die Frage entschieden werden, in welcher Höhe und in welcher Weise die Hypotheken aufzuwerten sind.

Danziger Nachrichten.

Die deutschen Nervenärzte in Danzig.

Die Gesellschaft Deutscher Nervenärzte hält vom 12. bis 16. September ihre 18. Jahresversammlung in Danzig ab. Die Vereinigung ist im Sommer 1907 gegründet. Ihr Ziel war nach der Eröffnungsrede von Döppelheim der Neurologie, die zu einer Wissenschaft und Heilkunst ersten Ranges geworden war, nach außen hin die Anerkennung, Stellung und Vertretung zu schaffen, die ihrer Bedeutung gebührt und die neurologische Wissenschaft und Heilkunde nach allen Richtungen zu vertiefen, auszubauen und fortanzuwickeln, um in dem Kampfe gegen die Nervenkrankheiten die besten Kräfte zu schärfen und neue wirksamere zu schmieden. Dank der Fortschritte in Untersuchung, Erkennung und Behandlung der Nervenkrankheiten und der dadurch verursachten Neuarrangierung einer Anzahl von Lehrstühlen für Neurologie an den größeren Universitäten ist die Nervenheilkunde heute nicht mehr bloß ein Anhängsel der Psychiatrie oder inneren Medizin, sondern eine Disziplin für sich.

Die Nervenkrankheiten des Krieges.

In besonderer Bedeutung gelangte die Nervenheilkunde während des Weltkrieges und nach seiner Beendigung. Schon nach den ersten Schlachten brach sich in Nervenzuständen die Überzeugung Bahn, daß gerade die Verletzungen und Erkrankungen des Nervensystems aus mancherlei kriegstechnischen Gründen eine so große Rolle spielen, wie in keinem früheren Kriege. Die Schwerverletzungen peripherer Nerven, des Rückenmarks und Gehirns stellten die Nervenärzte vor neue Aufgaben in enger Verbindung mit der Chirurgie. Die Fernwirkungen großer Geschosse auf das Zentralnervensystem, die Folgeerkrankungen der Entbehrungen und Strapazen bei disponierten und schließlich auch bei rüstigen Soldaten traten in so großer Menge auf, daß immer mehr fachliche Beurteiler und schließlich auch besondere Kommissionen für Nervenkrankheiten nötig wurden. Hier haben sich allenthalben die Mitglieder der Gesellschaft Deutscher Nervenärzte hervorragend bewährt. Ihnen und besonders ihren beiden jetzigen Vorsitzenden Pöhlmann und Köhler ist es in erster Linie zu danken, daß viele Verletzungen und Erkrankungen der Nerven, die früher zu dauernder Lähmung geführt hatten, vollkommen geheilt wurden. Selbst die einst so trübsamen Folgen der Gasirritation konnten dank der Nachbehandlungsmethoden von Popowitsch, Reichmann, Goldstein, Köhler u. a. oft behoben oder eingeeignet und die sogenannten Gehirnschütteln manchmal nach Jahren noch zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft gemacht werden. Auch die nicht organischen funktionellen Neurosen wurden durch zielbewusste Maßnahmen zur Besserung, ja Heilung geführt und den davon Betroffenen das freudlose Dasein einiger Pentenempfindner erspart. Die Jahresversammlungen in München 1916, Bonn 1917, Weimar 1920, Braunschweig 1921 haben viel zur Klärung in der Auffassung, Beurteilung und Behandlung dieser Krankheiten beigetragen.

Daneben traten die durch den Krieg ungeheuer vermehrten nervösen Folgeerscheinungen der Syphilis

in den Brennpunkt des Interesses. Vertiefte Forschung hat auch hier frühere Erkenntnismöglichkeiten und neue Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser entsetzlichen Geißel des Menschengeschlechts geschaffen. In dritter Stelle wurde rastlos am Aufbau der Diagnostik gearbeitet. Auf dem Gebiet der Lokalisation innerhalb des Nervensystems, seiner Entwicklung und seiner Struktur waren vor allem die Wiener, Münchner und Leipziger Schulen, waren Eisinger und seine Mitarbeiter Führer und Bahnbrecher, durch die Fortschritte in der Richtung wurde die Präzision gewonnen, in vielen Fällen dem Wesen des Schülers den Weg zur erkrankten Stelle zu weisen. Es ist ein weiteres großes Verdienst der Gesellschaft, zum erstenmal Untersuchungsmethoden erprobt zu haben, die es erlaubten, eine größere Übersicht sich vom Weichen oder Nichtvorhandensein krankhafter Prozesse des Gehirns und Rückenmarks zu überzeugen. In der Gesellschaft arbeitet an der Lösung dieser wichtigen Fragen eine verhältnismäßig große Zahl von Mitarbeitern aus außerdeutschen Ländern eifrig mit. Das Hauptreferat der diesjährigen Versammlung über Bau und Erkrankungen des Kleinhirns wird von einem österreichischen und einem italienischen Forscher abgeleitet werden. Danzig wurde schon 1921 in Braunschweig zum nächsten Versammlungsort gewählt, mußte aber aus äußeren Gründen ausfallen. Umso erfreulicher ist es, daß es jetzt die Tagung in seinen Mauern beherbergen kann.

Der Schiffsverkehr der Woche. 50 Schiffe ließen in der Zeit vom 31. August bis 7. September in den Danziger Hafen ein, in der Vorwoche waren es 41. Von den einlaufenden

Schiffen waren 20 Deutsche, 8 Danziger, 7 Schweden, 6 Engländer, 3 Norweger, 3 Polen, 1 Estländer, 1 Franzose. 15 Schiffe hatten Stückgut geladen, 4 Sertinge, 3 Spirit, 1 Del in Fässern, 1 Kessel und Maschinen, 2 lebendes Vieh, 2 Salmeter, 1 Lohf, Passagierdampfer waren 4. Passagiere und Stückgut hatten 5 an Bord. Seerott veranlaßte 2 Schiffe, den Danziger Hafen anzufahren. Vier liefen 16 ein (Vormoche 28). Von den 47 ankommenden Schiffen (Vormoche 63) folgten 29 die deutsche Flagge, 5 die Danziger, 5 die norwegische, 3 die englische, 3 die polnische, je 1 die schwedische, holländische und französische Flagge. Die Holzaußfuhr wies einen Rückgang auf, denn es führten 18 Schiffe (gegenüber 28 in der Vormoche) Holz aus. Holz und Stückgut hatten 5 Schiffe geladen. Ferner führten aus: 3 Spirit, 1 Benzin, 1 Kartoffeln. Passagierdampfer waren 2, Passagiere und Stückgut hatten 5 Schiffe an Bord. Vier verließen 4 Schiffe den Hafen. Der Passagierverkehr wies im Ansehen eine Verminderung auf. Der Eingang an Passagieren über See betrug 412 (Vormoche 457), der Gesamtumsatz 2494 (Vormoche 2635). Es kamen von Gela 88, es gingen nach Gela 46, vor und nach Vibau 0 (40), von und nach London 10 (75), von und nach Kopenhagen 46 (162), von und nach Bremerhaven 0 (70), Neuport 4 (40), Danzig 87 (1111), Wotenburg 6 (4), Eimuntende 5 (300), Hull 51 (630). Die Passagiere mit dem Roten Kreuz sind polnische Arbeiter, die als Streikbrecher nach dem Ruhrgebiet gebracht werden. Näher bei 1111 in der genannten Woche sind im Juli 1922 und im August 1921 polnische Streikbrecher auf französischen Schiffen nach Danzig transportiert worden.

Ein mildes Urteil.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich der Milchhändler Reinhold Becker aus Danzig zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, im April d. J. stark entrahmte Milch für Vollmilch verkauft zu haben. Bei einer in dem Geschäft des G. entnommenen Milchprobe ergab sich, daß die Milch nur 1,8 Prozent Fettgehalt hatte. Der Angeklagte bestritt, irgendetwas mit der Milch vorgenommen zu haben. Er habe sie so in den Handel gebracht, wie er sie von dem Milchlieferanten in Fürstentum erhalten habe. Der als Sachverständiger vernommene Nahrungsmittelchemiker Dr. Pau bekundete, daß dem Angeklagten die genaue außerordentliche Fettarmut der Milch schon äußerlich hätte auffallen müssen, er dürfte sie deshalb keineswegs als Vollmilch verkaufen. Der Angeklagte verneinte darauf die Schuld auf seine Frau abzuladen, die er als die verantwortliche Leiterin des Geschäftes hinzustellen versuchte, während er dort angeblich nur nebensächliche Dienste verrichtete. Der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten die angeführten Entschuldigungsgründe nicht und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldbuße. Da er jedoch bisher unbescholten ist, so wurde dem Angeklagten für die nächsten zwei Jahre Strafbefreiung gewährt, falls er eine Buße von 80 Millionen Mark in vier Raten zu je 20 Millionen Mark, von den nächsten zwei Wochen ab, sich an die Berichtsstelle zu zahlen verpflichtet. Der Angeklagte erklärte, selbstverständlich dieser Verpflichtung nachkommen zu wollen.

Dorfsehde um ein Stück Gartenland.

Zwischen den Familien Gr. und Ja. in Klein-Waldorf herrichte seit dem Frühjahr arge Feindschaft, weil jede von ihnen behauptete, das Recht zu haben, ein ihnen von dem Gemeindevorsteher überlassenes Stück Land zu bebauen. Als der alte Ja. gegen Ende April mit seinen zwei erwachsenen Söhnen auf das Feld ging um es zu düngen, erschrienen die beiden Brüder Bruno und Alex Gr., sowie ihr Schwager Albert M. ein Steinbombardement auf die Ja. und schlugen ihnen, nachdem sie die Flucht ergriffen und in ihr Haus gelaufen waren, etwa ein Dutzend Fenstersteine ein. Am nächsten Tage kam es zu einem neuen Konflikt zwischen den Gr. und den beiden Söhnen der Familie Ja. Hierbei soll Bruno Gr. mit einem Messer auf den älteren Ja. losgegangen sein. Dieser jedoch hatte sich mit einem Schlagring versehen und hielt sich damit den Angreifer so energisch vom Leibe, daß er, aus mehreren Wunden blutend, halb betäubt, nach Waldorf fuhr, begegnete er den beiden Brüdern Gr., die ihn sofort überfielen, vom Rade herunterrißen und mißhandelten. Bruno Gr. verlesete seinem Gegner einen gefährlichen Messerstich in den rechten Lungenflügel. Natürlich suchten die beiden Gr. alle Vorkehrungen so harmlos als möglich hinzustellen. Das Urteil gegen Bruno Gr. lautet wegen gefährlicher Körperverletzung usw. auf zwei Jahre Gefängnis, und da er bei der Klage auf dem Felde einen alten Schärenfabel bei sich führte, mit dem er

auf die Gegner einschlug, auch wegen unerlaubten Waffenbesitzes auf 870.000 Mark Geldstrafe. Sein Schwager kam mit 10 Millionen Mark Geldstrafe und ihr Schwager mit 8 Millionen Mark Strafe davon.

Ohra. Der Turn- und Sportverein „Sichte“ begeht am Sonnabend, den 8. September, im Pöfel zur Löhnbahn sein 4. Stiftungsfest. Aus diesem Anlaß findet ein Vereinsweihnachten statt, zu welchem mehrere Vereine des Freistaates ihre Teilnahme zugesagt haben. Das Programm bietet Gewähr für einen gemächlichen Abend.

Bahnrad. Arbeiter-Sportfest. Seine erste sportliche Veranstaltung bezieht der hiesige Arbeiter-Turnverein am Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 9. September, im Vereinslokale Florik. Am Sonnabend findet der Empfang der auswärtigen Vereine mit anschließenden Sonderveranstaltungen statt. Das Programm des Sonntags bringt am Vormittag, ab 8 Uhr, für Schwimmer und Schwimmerinnen Wettkämpfe über kurze und lange Strecken. Nach der Mittagspause marschieren die Teilnehmer vom Gemeindevorstand zum Sportplatz, wo nach einzelnen Freübungen der Turner und Turnerinnen leichtathletische Wettkämpfe für alle Klassen ausgetragen werden. Um 8 Uhr nachmittags findet ein Fußballspiel zwischen einer kombinierten Mannschaft von Arbeiterturnern des Dampfers „Columbus“ und dem Sportverein Württemberg statt. Für die auswärtigen Vereine bietet sich Gelegenheit am Sonnabend 1.15, 1.00 und 5.30 Uhr nachmittags ab Danzig, Bahndor. Außerdem fährt am Sonntag vormittag 9.30 Uhr ein Extradampfer vom Grünen Tor.

Standeskamt vom 8. September 1922.

Todesfälle: Militär-Anwärter, Sergeant d. 5. Komp. Landw.-Inf.-Reg. 21 William Metzk, fast 30 J. Schmiebegeselle, Grenadier d. 8. Komp. Grenadierregiments 5, Joseph Wittbrod, 23 J. 8. M. Arbeiter, Musikleiter der 3. Komp. Landw.-Inf.-Reg. 5, Heinrich Partikel, 22 J. 9. M. M. we Emilie Wolinski, geb. Quibynski, 70. J. 7. M. Schiffsführer Heinrich Steln, 35 J. 6. M. Witwe Amalie Karsten, geb. Drtschke vorher verwitw. Bretl 68 J. 3. M. Arbeiter Hermann Werner, 28 J. 9. M. Kanzlei-Mittent Paul Garde, 38 J. 3. M.

Milliardendiebstahl an Reichsbanknoten. Einen erheblichen Einbruch haben Geldschändler in den Betriebsräumen des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer verübt. Auf noch unauferhörte Weise sind die Verbrechen in die aufbewahrten Räume des Vereins eingedrungen und haben dort den Geldschrank aufgebrochen. Die Täter erbeuteten rund 5 Milliarden, hauptsächlich in zweimillionenheinen ohne Nummer.

Berichtungs-Anzeiger

Anzeigen für den Berichtungs-Kalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spandauer 6, gegen Vergütung entgegen genommen. Spendekonto 100.000.- Mk.

Arbeiter-Jugend Langfuhr. Sonntag, den 9.: Tour nach dem Habautal. Treffpunkt 1/2 5 Uhr morgens am Langfuhrer Bahnhof. Führer: Stegitz Stamm.

Berein Arbeiter-Jugend Danzig. Sonntag, morgens 6 Uhr. Gummark: Treffen zur Tour ins Schmieratal. (Freie Turnerschaft Danzig. Zu dem am Sonntag, den 8. September, in Bohnsack stattfindenden Sportfest fährt der Extradampfer „Neufahr“. (1066) Abfahrt pünktlich 9 1/2 Uhr vom Johannistor.

Stadtverordnetenfraktion. Montag, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkstagsfraktionszimmer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Jugendausschuß Montag, den 10. September, abends 7 Uhr im B. S. Sitzung. Betriebsräte! Montag, den 10. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Wirtschaftskasse.

Dienstag, den 11. September, abends 6 Uhr, Hebelungsplatz: Funktionäre aller Gewerkschaftsorganisationen der Metallindustrie, soweit der Verband der Metallindustriellen zuständig ist. Tagesordnung: Bericht vom Schlichtungsausschuß betr. Goldlöthyn. Zusammenkunft mitbringen.

Mittwoch, den 12. September: Mitgleiderversammlung der Eisenbahnhauptwerkstatt 4 Uhr nachm., Hebelungsplatz. Verbandsbücher mitbringen. - Abends 7 Uhr: Hebelungsplatz, Sebringerversammlung der Elektroindustrie. (1066)

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Ankerate Anton Kroonen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Wehl u. Co., Danzig.

EMPFEHLENSWERTE HÄUSER IN ZOPPOT UND DANZIG

KASINO ZOPPOT (Freistaat) DANZIG Das ganze Jahr geöffnet!

Zentral-Hotel Zoppot
Erstklassige Küche Kapelle Paddany
Im Garten: Konditorei „Elite“
Abends: Gesellschaftstanz
W. Napiersals

Modellhaus Nothhaft
Stets neueste Pariser und Wiener Modelle
in Kleider, Kostüme und Mäntel

G. Valtinat, Dampfmolkerei
Danzig-Langfuhr
Beste u. billigste Bezugsquelle f. Schmalz, Margarine, Käse
Filialen in allen Stadtteilen

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!
(L) **Dampferverbindung**
Swinemünde-Zoppot-Pillau und zurück.
Montag u. Donnerstag 6 45 ab Swinemünde an 8 45 Donnerstag u. Sonntag
Dienstag 11 15 an Zoppot ab 3 45 Mittwoch u.
u. Freitag 12 15 an Zoppot an 3 45 Sonnabend
Dienstag und Freitag 4 45 an Pillau ab 11 15 Mittwoch u. Sonnabend

Mazurka - Zoppot
Direkt: Adolf Karndach
Vornehmstes Weinhaus am Plage
Kapelle Roberto u. Charly
Tanz u. Kabarett
Stimmung!
Kalttes Böttch American der

Hotel Reichsadler
ZOPPOT
Inh.: Franz Albrecht
Telefon 195
Guter Mittagstisch
Reichhalt. Abendkarte
Gepflegte Getränke

Der Kenner
trinkt nur
Springer-Liköre
hergestellt von
Gustav Springer Nachf., d. n. l. s., Danzig

Gasere-Mehlhandlung an der Großen Mühle Nr. 7
Kofert Qualitätsmehl: Weizenmehl, Roggenmehl, Weizen Grieß, ferner alle Futtermittel
H. Bartels & Co., d. n. l. s., Große Mühle

Tuchhaus
Schmielegasse
Siegfried Friedländer Herren-Damenstoffe

